

Bericht über das Thema "Standortverlagerungen und Entwicklung der Produktionstätigkeiten"

Zusammenfassung

Jean-Louis Levet

Februar 2005

Die Schaffung und geografische Verteilung von Wohlstand und Beschäftigung sind für uns Sozialisten, die die Realität verändern und uns nicht mit dem Korrigieren negativer Markteffekte begnügen wollen, eine ganz zentrale Problematik. Mit dem Thema Standortverlagerungen rückt diese Problematik heute unter den Besorgnissen der französischen Bevölkerung wie auch in der politischen und gesellschaftlichen Debatte wieder in den Mittelpunkt.

Sowohl in Frankreich als auch in ganz Europa tritt darüber hinaus eine noch grundlegendere Frage in den Vordergrund: es handelt sich um das Risiko einer Desindustrialisierung, verstanden als Substanzverlust. Ein ganz wesentliches politisches Thema, da die Industrie ein Kernelement der Entwicklungsproblematik darstellt. In der vorliegenden Studie werden maßgebliche Weichenstellungen angeboten, die beiden Herausforderungen gerecht werden sollen: der Entwicklung des Produktionssystems ebenso wie der Eindämmung des Abwanderns von Wirtschaftstätigkeiten.

I. Standortverlagerungen - ein paradoxes und schwer vorhersehbares Phänomen

Das Paradoxon in der Debatte über die Standortverlagerungen besteht darin, dass diese als negatives Phänomen verstanden werden; dabei ist dies einer von mehreren Wegen der Unternehmensinternationalisierung zusammen mit Direktinvestitionen im Ausland (der meistbenutzte Weg), Firmenkooperationen (Joint Ventures, FuE-Abkommen...), Portfolioinvestitionen (Aufkauf von Aktiva) usw.

Die französische Regierung bedient sich der Problematik in ihrer Suche nach einer exogenen Erklärung für den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Doch in den meisten entwickelten Ländern taucht das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln auf: in den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit dem internationalen Outsourcing im Dienstleistungssektor; in Deutschland im Zusammenhang mit den Verlagerungen in die nahe gelegenen MOEL; in Japan, wo in letzter Zeit - vor allem bedingt durch die Erfordernis für die Unternehmen, ihr geistiges Eigentum besser zu schützen - ein gewisser Trend zur Rückverlagerung festzustellen ist; in Großbritannien im Zusammenhang mit dem zunehmenden Outsourcing bei Finanzdienstleistungen. Diese Entwicklungen sind so nicht vorhergesehen worden.

* *Worum geht es eigentlich?*

Definition

Obgleich das Phänomen der Standortverlagerungen komplex ist, lassen sich zwei Arten wirtschaftlicher Phänomene unterscheiden:

- Zum einen die gänzliche oder partielle Verlagerung eines Produktionsapparats mittels Direktinvestition im Ausland (allerdings handelt es sich nicht bei allen Direktinvestitionen im Ausland um Standortverlagerungen), wobei die im Ausland kostengünstiger realisierte Produktion anschließend in das betreffende Land bzw. auf dieselben Märkte wie vorher reimportiert wird. Das ist die engere Definition des Begriffs Standortverlagerungen.
- In Erweiterung des Begriffs wurde dann auch der Rückgriff auf internationales Outsourcing anstelle des nationalen Outsourcing subsumiert (Transfer einer Dienstleistungsaktivität oder einer industriellen Produktion, aber ohne Investitionen).

Ein neuer Zyklus von Standortverlagerungen

In den letzten rund vierzig Jahren waren im Zuge der progressiven Öffnung der Volkswirtschaften mehrere Phasen zu beobachten, in denen es zu Standortverlagerungen kam:

- Zwischen Mitte der 60er und Ende der 70er Jahre erfolgt parallel zum stark wachsenden Anteil des Warenaustauschs am weltweiten BIP eine erste Welle von Standortverlagerungen. Die amerikanischen, dann auch die europäischen und japanischen Unternehmen realisieren einen Teil des Produktionszyklus ihrer Produkte über lokales Outsourcing, hauptsächlich in den asiatischen Ländern. Maßgeblicher Beweggrund sind dabei die Flexibilität der Arbeitskraft und die äußerst niedrigen Arbeitskosten.
- Seit Ende der 80er Jahre treten die direkten Auslandsinvestitionen an die Stelle des Warenaustauschs. Der Umfang der Verlagerung in Richtung des (schwachen) Südens - Länder, die insbesondere kein stabiles institutionelles System besitzen und demzufolge für ausländische Direktinvestitionen wenig attraktiv sind - geht zurück. Die Standortverlagerungen wie auch die direkten Auslandsinvestitionen finden aus Gründen der Markterschließung und des Zugriffs auf kostengünstige und qualitativ gute Kompetenzen überwiegend zwischen entwickelten Ländern und in Richtung wachstumsstarker Emerging Countries (China, Indien) statt. In Ländern wie Korea oder Taiwan ist ein rascher Anstieg des Lohnniveaus zu verzeichnen, sodass diese nun selbst zum Ursprungsland von Produktionsverlagerungen werden.

Beweggründe für Standortverlagerungen

Die Entscheidung, eine bestimmte Produktion gänzlich oder teilweise ins Ausland zu verlagern, ist normalerweise auf einer Strategie begründet, die vom Umfeld des jeweiligen Unternehmens abhängt: Ist es Zulieferer eines anderen Unternehmens oder nicht? Wie sieht der institutionelle Kontext aus (Zugehörigkeit zu einem Konzern, einer Branche oder einem

Produktionszweig, einem Gebiet)? Unter Berücksichtigung dieser komplexen Überlegungen sind mindestens drei Fälle denkbar:

- offensive Standortverlagerung: sie ermöglicht es dem Unternehmen, sich auf die Kompetenzen zu konzentrieren, die es am besten beherrscht, und damit seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken;
- defensive Standortverlagerung: das Unternehmen ist mit einer neuen Wettbewerbssituation konfrontiert und nimmt deshalb massiv Produktionsverlagerungen vor, um sein Überleben zu sichern;
- begleitende Standortverlagerung: ein Zulieferer folgt seinem Auftraggeber, um diesen Kunden nicht zu verlieren.

Daneben ist - vor allem bei großen Weltkonzernen - noch ein weiterer Typus der Standortverlagerung zu beobachten, der steuerliche Gründe hat: hier wird durch Verlagerung der Firmensitze in Steuerparadiese eine entsprechende Steuerlast aus dem betreffenden Land abgezogen. Ein Kostenwettbewerb kann auch auf indirekte Weise durch den "Import" der Beschäftigungsbedingungen von Arbeitnehmern aus den Niedrigkostenländern zustande kommen.

Ebenfalls festzustellen ist schließlich auch, dass ein Unternehmen umso eher dazu tendieren wird, eventuell einen Teil seiner Produktion ins Ausland zu verlagern, wenn es sich *in einem wachstumsschwachen Umfeld* befindet. So ist zum Beispiel innerhalb der Europäischen Union das geringe durchschnittliche Wachstum der EU-15 ein Beweggrund für die Unternehmen, in die seit Mitte der 80er Jahre stark wachsende Region der MOEL zu verlagern und im Ursprungsland in Produktivitätssteigerungen zu investieren.

** Ein komplexes Phänomen, das sich in bestimmten Sektoren bzw. in Richtung bestimmter Sektoren möglicherweise weiter ausdehnen wird*

Die vorliegenden Statistiken geben kein einheitliches Bild:

Anteil der Standortverlagerungen am Gesamtvolumen der direkten Auslandsinvestitionen: im Falle von Frankreich machen die direkten Auslandsinvestitionen in den Entwicklungsländern, auf die die meisten Standortverlagerungen entfallen, 4% des Gesamtinvestitionsvolumens aus. Unter den französischen Investitionen innerhalb der EU liegt der Anteil offenbar bei ca. 10%.

Anteil der Standortverlagerungen an den direkt von Industrieunternehmen realisierten Importen gewerblicher Güter aus Schwellenländern mit niedrigem Lohnniveau: in Frankreich entsprachen diese Importe den verfügbaren Informationen nach im Jahr 2003 3% der Produktion bzw. 7,5% der französischen Gesamtimporte gewerblicher Güter und 16% der von den betreffenden Unternehmen eingeführten gewerblichen Güter.

Über diese globale statistische Betrachtung hinaus ist jedoch eine stärkere Differenzierung nach einzelnen Wirtschaftszweigen angebracht; wie die nachstehend abgebildete Tabelle zeigt, kommen dabei große Unterschiede zum Vorschein.

Französische Industrieimporte aus Emerging Countries nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig Frankreich	Anteil an den Industrieimporten des Wirtschaftszweigs				
	1933	1999	2000	2001	2002
C1 Bekleidung - Lederwaren	45,6	50,1	52,3	54,5	56,6
C2 Verlage - Druckereien	4,3	3,8	5,3	5,5	6,6
C3 Pharmazie - Parfümerie	2,4	7,2	6,3	6,0	7,3
C4 Haushaltsgeräte	18,2	25,6	25,5	27,9	34,6
D0 Automobil	4,4	4,4	5,9	7,2	8,4
E1 Flugzeugbau, Schiffbau	2,1	2,8	3,6	3,8	3,7
E2 Mechanische Anlagen	2,3	4,7	5,9	5,8	6,2
E3 Elektr. und elektron. Anlagen	10,4	24,0	26,8	26,1	25,8
F1 Mineralien	4,1	5,7	7,6	7,9	7,7
F2 Textilien	13,9	20,1	22,0	24,0	25,3
F3 Holz, Papier	5,8	9,3	11,1	11,1	11,1
F4 Chemie - Kunststoffe	6,0	7,3	8,5	9,5	10,1
F5 Metallurgie	18,8	19,4	20,8	20,6	20,2
F6 Elektron. Bauteile	11,5	28,5	26,2	24,3	
EG (Energie)	2,0	3,1	2,0	1,9	3,7
Gesamt	9,4	14,2	15,7	15,6	15,8

Quellen: Douanes EAE (Sessi), Berechnungen Sessi Champ: Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes (ohne Agrar- und Ernährungswirtschaft) mit 20 und mehr Mitarbeitern

Die hier erkennbaren Trends werden deutlich ausgeprägter, insbesondere in den Bereichen (und den Produktgruppen) mit schwacher und mittlerer Technologieintensität: so ist der Anteil der Emerging Countries an den französischen Industrieimporten zwischen 1993 und 2002 im Bereich Bekleidung und Lederwaren von 45,6% auf 56,6% angestiegen, bei den Haushaltsgeräten von 18% auf 34,6% und bei den elektrischen und elektronischen Geräten von 10,4% auf 25,8%. In Wirtschaftszweigen wie Flugzeugbau, Pharmazie oder Automobil ist dieser Anteil hingegen weiterhin gering.

Seit jüngster Zeit ist schließlich auch eine Ausdehnung des Verlagerungstrends auf Dienstleistungen und Aktivitäten mit hoher Wertschöpfung zu beobachten. Hierüber liegen nur vereinzelt und in sehr begrenztem Umfang Daten vor. Der letzte "Welt-Investitionsbericht" der UNCTAD von 2004 mit dem Schwerpunkt Dienstleistungen verweist darauf, dass 30% der Großkonzerne weltweit ihr Rechnungswesen und andere Finanzfunktionen gänzlich oder teilweise auslagern.

Insgesamt berücksichtigen die verfügbaren Daten zu wenig das Verhalten der Unternehmen, ihre unterschiedlichen Entwicklungsmodi sowie (das liegt in der Natur der Sache) die prospektive Dimension. Es ist daher angezeigt, das Thema im neuen Kontext der in der Globalisierung und den Unternehmensstrategien zum Tragen kommenden Dynamik zu betrachten.

** Die Mobilitätsstrategien der Unternehmen*

Es ist heute eine neue Konstellation der Globalisierung im Entstehen, da die Unternehmen mit der Notwendigkeit konfrontiert sind, die beiden Imperative längerfristige Wettbewerbsfähigkeit (der in den 80er Jahren vorherrschte) und kurzfristige Wertsteigerung für den Aktionär (der in den 90er Jahren vorherrschte) zu verbinden.

Damit entsteht auch ein neues Unternehmenskonzept: ein Unternehmen mit fließenden Grenzen, in ständiger Bewegung, das eine weltumspannende Netzwerk-Organisation mobilisiert und zur Optimierung seiner Ressourcenallokation massiv auf Outsourcing setzt.

Das weltweite Produktionssystem steht unter dem Einfluss der Finanzkreise und ihrer Rentabilitätsansprüche. Die zunehmende Einmischung der Aktionäre in das Unternehmensmanagement kann zum kritischen Faktor für die Kompetenz oder die Strategie des Unternehmens werden. Damit die Erträge deutlich rascher steigen als die Kosten, sind die großen Konzerne bemüht, Liquiditäten anzuhäufen. Dies wiederum führt zu sehr hohen Eigenfinanzierungsquoten und verdeutlicht darüber hinaus, dass nur wenige Investitionsprojekte nach den Renditemaßstäben der Aktionäre rentabel sind.

Unter dem doppelten Druck des Wettbewerbs und der neuen finanziellen Normen nimmt die Mobilität heute zu und wird auch künftig weiter stark zunehmen. Mobilität und Rapidität werden infolgedessen zum dominierenden Faktor im Verhalten einer wachsenden Zahl von Unternehmen, während der Aspekt der Dauer an Bedeutung verliert.

II. Neben den Standortverlagerungen erste Ansätze einer Desindustrialisierung

** Frankreich: eine Industriepolitik mit Alibifunktion*

Nach eineinhalb Jahren von völligem "Laissez-faire" (Beispiel: Pechiney/Alcan) beschränkt sich das Handeln der Regierung heute auf die konzeptlose Bearbeitung einzelner Dossiers (Sanofi/Aventis, Alstom) und das Primat einer rein finanziellen Logik, die den sich stellenden Problemen absolut nicht angemessen ist. Beispielhaft dafür sind die jüngsten Maßnahmen in Bezug auf die sogenannten "pôles de compétitivité" (wörtlich: "Wettbewerbsfähigkeitspole"), die angeblich den Standortverlagerungen entgegenwirken sollen: ihr Hauptschwerpunkt ist die Senkung der Kosten (Steuern, Personalkosten) - wo doch jedermann weiß, dass wir auf diesem Gebiet niemals mit den Niedrigkostländern werden konkurrieren können.

Das Handeln der aktuellen Regierung gründet sich de facto auf einen ultraliberalen Ansatz, der sich nahtlos in das Verhalten der politischen Rechten in den letzten Jahrzehnten - die Regierung Chirac 1986-1988 sowie später die Regierungen Balladur und Juppé - einfügt: Privatisierungen ohne industrielle Strategie, Entkernen der "harten Kerne", Erwerb von Beteiligungen durch die amerikanischen Pensionsfonds und damit das plötzliche Eintreten der Wirtschaft in einen von den Kapitalmärkten bestimmten Kapitalismus.

Ganz offensichtlich propagiert die Rechte vordergründig die Vorteile einer entschlossenen Politik und entwickelt gleichzeitig einen radikalen Liberalismus, der die finanzielle Logik bis zur Vollendung führt und den Menschen instrumentalisiert.

**Andere Länder führen eine offensive Industriepolitik; auch damit lassen sich die Standortverlagerungen jedoch nicht vermeiden*

In dem bereits beschriebenen weltweiten Kontext zeigt sich bei einer internationalen Betrachtung, dass die meisten entwickelten Länder dennoch eine ambitionöse Industriepolitik zur Förderung ihres Produktionssystems führen: Die *Vereinigten Staaten* verfolgen im technisch-industriellen Bereich eine Politik zur Sicherung der eigenen Vormachtstellung, die ihrer unilateralistisch orientierten strategischen Grundhaltung entspricht. *Deutschland* hat eine nicht explizit formulierte Industriepolitik, die mit den im Vorfeld getroffenen Technologieentscheidungen und einer dementsprechenden Handelspolitik verknüpft ist; Ziel dieser Politik ist die Stärkung des sozio-produktiven Systems des Landes, das mit den Schwierigkeiten der Wiedervereinigung konfrontiert ist. *Japan* hat seine Industrie 30 Jahre lang gefördert und führt in verschiedenen Bereichen (Nanotechnologie, Biotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie usw...) große nationale Technologieprogramme durch. *China* arbeitet an einer langfristigen Strategie, gestützt auf

die Konstituierung großer "nationaler Champions" und gezielte Maßnahmen zur Assimilierung von Technologien (mithilfe der gebotenen Standortvorteile) und deren Weitergabe an kleine und mittelgroße Industrieunternehmen. Daneben könnte man noch andere und so unterschiedliche Länder wie Finnland, Israel, Kanada oder Korea nennen, die bemüht sind, eine klare Vision ihrer technologischen und industriellen Entwicklung zu definieren und sich entsprechende Mittel an die Hand zu geben.

** Die Industrie steht im Mittelpunkt der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung*

Wenn der Frage der Desindustrialisierung eine derart große Bedeutung beigemessen wird, geht man mithin davon aus, dass die Industrie eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und für die Zukunft der Standortregionen spielt.

Eine zu eng gefasste statistische Betrachtung der Industrie in Frankreich

Im Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern und zu dem, was uns die industrielle Wirtschaft seit mehr als einem Jahrhundert lehrt, verwechseln wir in Frankreich "Industrie" (im angelsächsischen Sinne von "industry") und "verarbeitendes Gewerbe", was sich auch in unserer Statistik widerspiegelt. Dieser Punkt ist ganz wesentlich: unter "Industrie" müsste man in Wirklichkeit neben dem verarbeitenden Gewerbe auch die Agrar- und Ernährungswirtschaft, den Energiesektor, den Hoch- und Tiefbau und den Bereich Unternehmensdienstleistungen subsumieren, dessen Hauptkunde die verarbeitende Industrie ist - also schlichtweg sämtliche materiellen und immateriellen Produktionstätigkeiten.

Legt man diese operative Bedeutung des Begriffs zugrunde, macht die Industrie mehr als 40% der nationalen Wertschöpfung (und nicht 20%) und 30% der Erwerbsbevölkerung (und nicht 15%) aus. Somit ist die soziale Basis der Industrie weitaus breiter als gemeinhin angenommen.

Die Industrie steht im Mittelpunkt des Wachstums

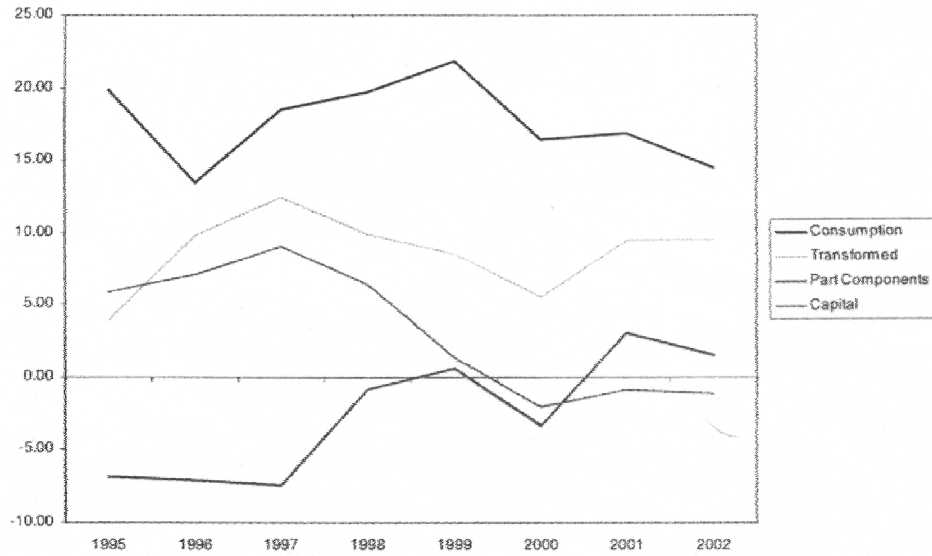
"Industrie" heißt: hohe Produktivitätsgewinne (seit einem Jahrzehnt durchschnittlich 4%), die auf die gesamte Wirtschaft ausstrahlen; ein starker Anstieg des Qualifikationsniveaus; wichtigste Quelle für Investitionen (50% der Investitionen von Nichtfinanzunternehmen) sowie Forschung und Entwicklung (ca. 85%); wichtiger "Hebel" für die globale Sicherheit des Landes und der EU; künftiger Motor der nachhaltigen Entwicklung; Antriebswirkung auf die anderen Wirtschaftszweige, d.h. Banken, Versicherungen, Logistik, Transportwesen usw.; Steuereinnahmen für den Staat und - aufgrund des überwiegend langfristigen Ansatzes der Industrie - ein Beitrag zum europäischen Modell.

** Unzureichende Antworten der Europäischen Union und Frankreichs*

Es sind folgende Gegebenheiten festzustellen: ein schwieriger Eintritt in das IKT-gestützte neue technologisch-industrielle System; insgesamt unveränderte Marktanteile der europäischen Industrie, aber eine Erosion der komparativen Vorteile Europas und ein stärkerer Rückgang der hochwertigen Technologieprodukte im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und Japan; eine unzureichende Erneuerung des industriellen Spezialisierungsprofils von Frankreich; eine geringere Kontrolle der wirtschaftlichen Entscheidungszentren im Vergleich zu den wichtigsten Industrieländern; Bilanzierungsvorschriften, die eine "Institutionalisierung" der finanziellen Unternehmenskonzeption bewirken können; ein Steuersystem, das die Industrie den anderen Wirtschaftszweigen gegenüber benachteiligt.

- Die nachstehend abgebildete Grafik zeigt, differenziert nach Fertigungsstadien, die Verschlechterung der europäischen Positionen bei hochwertigen Technologieprodukten

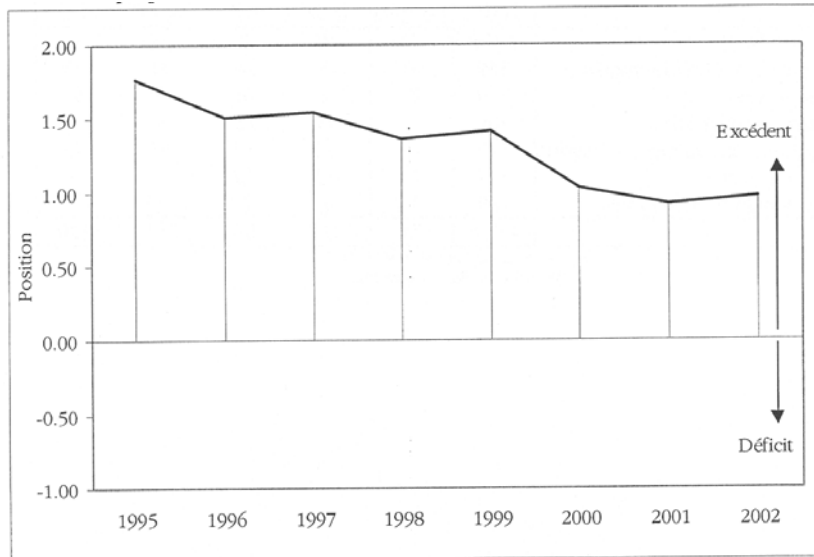
Position der EU bei hochwertigen Technologieprodukten,
differenziert nach Fertigungsstadien (in % des Weltmarkts)



Source : CEPII-BACI

Die folgende Grafik verdeutlicht den Rückgang des französischen Anteils bei High-Tech-Gütern auf dem Weltmarkt: seit 1995 im Durchschnitt jährlich 8%.

Position Frankreichs bei High-Tech-Gütern
(1995-2002, in %)



source : BACI-CEPII

Eine grundlegende Auseinandersetzung mit Inhalt und Zielsetzung der Arbeit

Seit zwei Jahren versuchen die französische Regierung und der Arbeitgeberverband MEDEF, die Rehabilitation des "Werts Arbeit" zum ideologischen Eroberungsinstrument zu machen. Doch wenn man die absolut nicht neue Anprangerung des "faulen Frankreichs" als glaubwürdig hinstellt, kann das bei all jenen, die sich abrackern, um Arbeit zu finden, oder die eine Arbeit haben und sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen, während diese ständig schlechter werden, nur Erbitterung hervorrufen. Dabei wird nicht die Arbeit als solche abgelehnt, sondern deren Verschlechterung. Und diese ist umso besorgniserregender, als die Regierung bisher nicht den Willen oder die Fähigkeit besessen hat, eine mittelfristige Zielvorstellung für unser Land zu präsentieren.

III. Ein Produktionssystem mit der Aussicht auf dauerhaften Fortbestand und einer besseren Kontrolle in Bezug auf Standortverlagerungen

Unsere bisherigen Überlegungen in dem hier bearbeiteten Bereich veranlassen uns dazu, drei komplementäre Basisorientierungen vorzuschlagen, die sowohl den industriellen als auch den sozialen Bereich berühren:

1. Eine umfassende und ehrgeizige Industriepolitik

Diese sollte auf folgenden drei Elementen beruhen:

- Die diffusen Stützungsmaßnahmen für das Umfeld der Unternehmen sollten eingestellt werden, um sich stattdessen auf einige präzise Ziel zu konzentrieren.
- Es sollte primär ein langfristiger Ansatz verfolgt werden, der die demokratische und soziale Dimension mit einbezieht und sowohl den Menschen als auch die Umwelt respektiert.
- Im dem Bemühen um Koordination und Kohärenz sollte man von vornherein parallel auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene nachdenken.

Die wichtigsten Zielgrößen einer solchen Industriepolitik könnten wie folgt aussehen:

- Eine auf die wesentlichen Bedürfnisse und Märkte der Zukunft ausgerichtete industrielle Spezialisierung
- Erfolgreiche und solidarische Standortregionen: ein von der Linken geprägter Standortbegriff, der davon ausgeht, dass es sich um einen kollektiv zu gestaltenden Raum handelt - und nicht um eine Offshore-Plattform der Globalisierung, die auf einer rein kostenorientierten Standortpolitik beruht.
- Kontrollierter industrieller Wandel, mit zwei sich ergänzenden Bereichen: standortbezogene Prävention gegen Betriebsverlagerungen und industrielle Veränderungen auf der einen Seite, Förderung der Entwicklung dauerhaft erfolgreicher Unternehmen wie auch innovativer neuer Unternehmen auf der anderen Seite.

Angesichts dieser Ziele gilt es, innerhalb der staatlichen Verwaltung wieder eine Funktion für Strategie/Prospektive/Expertise mit einer entsprechenden Organisation zu schaffen, darüber hinaus auch auf europäischer Ebene eine Funktion "Prospektive" einzurichten und die auf Standortregionen bezogene Prospektive stärker zu entwickeln.

Die Auswirkungen einer umfassenden und offensiven Industriepolitik auf Wohlstand und Beschäftigung werden umso positiver sein, wenn diese von einer europäischen Politik zur Förderung der "Dienstleistungen von allgemeinem Interesse" und von der Schaffung eines

echten europäischen Statuts für den Öffentlichen Dienst mit Verankerung entsprechender Grundsätze profitieren kann.

Eine progressive soziale und steuerliche Harmonisierung auf europäischer Ebene ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Bewahrung des europäischen Sozialmodells - auch wenn diese in einer ersten Phase eine verstärkte Zusammenarbeit einiger weniger Länder erforderlich machen sollte.

2. Herstellung eines neuen Gleichgewichts im Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit

Voraussetzung für die Schaffung eines neuen Gleichgewichts im Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist eine deutliche Zunahme der Mobilisierung unter den Arbeitnehmern und der Demokratie im Unternehmen.

- Entwicklung der sozialen Demokratie im Unternehmen heißt, dass Instrumente für die Etablierung einer Gegenmacht zum Aktionär geschaffen werden müssen. Sie muss alle betroffenen sozialen Akteure - einschließlich Vertretern des betreffenden Gebiets - einbeziehen und würde insbesondere den Aufbau von Bindungen zwischen dem Unternehmen und der Standortregion ermöglichen und damit die Verankerung des Unternehmens in diesem Gebiet stärken. Auf europäischer Ebene sollte darauf hingearbeitet werden, durch den Dialog in den Branchen sowie im Unternehmen und durch erweiterte Befugnisse der Betriebsräte die sozialen Rechte zu verbessern.

|

- Im Dienste eines umfassenden Konzepts der sozialen Sicherung muss eine dauerhafte Sicherheit der abhängig Beschäftigten gewährleistet werden. Wenn es gelänge, durch die Garantierung neuer Chancen für einen beruflichen Neubeginn das soziale Fortkommen der Arbeitnehmer zu sichern, wäre dies eine echte Revolution im Verhältnis der Menschen zur Arbeit. Das Beispiel der skandinavischen Länder zeigt, dass es durchaus möglich ist, Arbeitsmarktmodelle ins Auge zu fassen, die wirklich Unternehmensflexibilität und berufliche Absicherung der Menschen miteinander verbinden.
- Neue Handlungsmöglichkeiten zur Förderung der sozialen Verantwortung des Unternehmens.

3. Eine Strategie für die europäische Einflussnahme zugunsten neuer weltweiter Regulierungskonzepte

- Verstärkte internationale Koordinierung im Bereich der Geldpolitik
- Verschärftes Vorgehen gegen Steuerparadiese und Geldwäsche
- Garantien für lauterer Wettbewerb unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Belange
- Entwicklung weltweiter Kollektivverhandlungen

Gleichzeitig gilt es die Globalismus-Ideologie zu bekämpfen, die auf einem Wirtschaftskonzept ohne jegliche soziale und politische Kontrolle beruht.